



**Stellungnahme
zur Novellierung des slowakischen Sprachgesetzes vom 30. Juni 2009**

Der Bund Ungarischer Landesverbände in Westeuropa hat sich mit der Novellierung des vom Nationalrat der Slowakischen Republik am 30. Juni 2009 beschlossenen Gesetzes Nr. 270 vom Jahr 1995 auseinandergesetzt und fühlt sich veranlasst, dazu folgende Stellungnahme abzugeben:

Die slowakische Sprache als Staatssprache genießt unter Nichtachtung der Sprachen der nationalen Minderheiten höchste Priorität. Nicht diese, sondern die Staatssprache bedarf des gesetzlichen Schutzes und zwar in dem Ausmaß, dass ihre fast ausschließliche Verwendung in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens vorgeschrieben wird. Die Nichteinhaltung dieser Bestimmungen wird als Pflichtverletzung mit einer Geldstrafe von € 100 – 5000 geahndet. Vollzug und Kontrolle dieses Gesetzes werden einem im Ministerium für Kulturelle Angelegenheiten eigens geschaffenen Organ übertragen.

Wort und Geist dieses Gesetzes reflektieren einen penetranten Nationalismus des 19. Jahrhunderts und erscheinen anachronistisch, zudem bezwecken sie unmissverständlich mit einer verblendeten Einseitigkeit neben der uneingeschränkten Geltung des Slowakischen die Assimilation der nationalen Minderheiten.

Die Slowakische Republik als Mitgliedstaat der Europäischen Union stellt sich mit der Verabschiedung dieses Gesetzes, das mit dem 1. September 2009 in Kraft treten soll, gegen die Rechte der nationalen Minderheiten, indem ihre rechtliche Gleichstellung nicht anerkannt und dadurch das Prinzip des demokratischen Pluralismus ignoriert wird. Zu der Tatsache, dass die „Beneš-Dekrete“ neuerlich wieder Gesetzeskraft erlangten, stellt dieses Gesetz unter Beweis, dass die gegenwärtige Regierung der Slowakischen Republik die elementaren Rechte der nationalen Minderheiten verletzt und ihre existenzielle Entfaltung behindert.

Diese Art Politik dient nicht dem harmonischen Zusammenleben, sondern der Entfremdung der nationalen Minderheiten, voran der Ungarn. Die daraus resultierende Unzufriedenheit, die wachsende Spannung zwischen der Slowakischen Republik und der Republik Ungarn gehen auf die Rechnung extrem nationalistischer Kreise der Slowakischen Republik, was umso mehr bedauerlich ist, weil die gegenwärtige slowakische Regierung diesen Ungeist toleriert, ja verbreitet.

Der Bund Ungarischer Landesverbände in Westeuropa verweist auf die Erfordernisse der Wechselseitigkeit und der Subsidiarität und verurteilt die Verfügungen der gegenwärtigen Regierung der Slowakischen Republik, weil sie zudem unmotiviert Spannungen erzeugen. Er macht die zuständigen Stellen der Europäischen Union darauf aufmerksam, dahin zu wirken, dass die offenen Fragen des Zusammenlebens zwischen den nationalen Minderheiten und der Mehrheitsbevölkerung möglichst bald eine Regelung erfahren. Die weitere Entwicklung Europas, die Festigung der Europäischen Union, die Überwindung der Wirtschaftskrise für alle Mitgliedstaaten verbindlich kann nur durch eine Politik der ausgewogenen Integration gewährleistet werden.

Wien – Frankfurt/Main – Stockholm, 15. Juli 2009

Szabolcs Bihari
Vizepräsident

Ernő Deák
Präsident

Dr. Kornél Klement
Vizepräsident